

Die Linke.

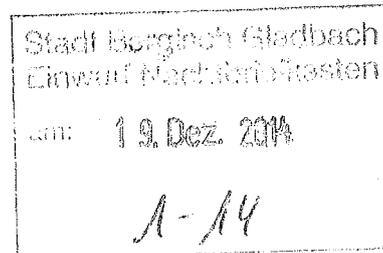
Fraktion Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Lutz Urbach

Per Telefax 02202 142325



22. Dez. 2014

Stadt Bergisch Gladbach

FB 1-14

Kommunalverfassung

- Ratsbüro

Psychotherapeutische Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir bitten sie folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Wir DIE LINKE. Fraktion Bergisch Gladbach beantragen

1. dass Flüchtlingen und Asylbewerbern bei ärztlich diagnostiziertem Verdacht auf eine posttraumatische Belastungsstörung von der Stadtverwaltung ein Berechtigungsschein für eine Psychotherapeutische Behandlung analog der im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung festgelegten Leistungspflicht ausgehändigt wird.
2. Die Verwaltung soll beauftragt werden zusammen mit dem Paritätischen Selbsthilfe-Büro Bergisch Gladbach die Möglichkeiten der Gründung von Selbsthilfegruppen für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber zu erarbeiten und den Rat darüber informieren, welche Mittel dafür benötigt werden.
3. Jedem Flüchtling und jedem Asylbewerber soll bei der Abholung eines Berechtigungsscheins für ärztliche Behandlung einmalig ein Flyer über die Möglichkeit der traumatherapeutischen Behandlung in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Der Flyer soll auch Angaben darüber enthalten, welche psychotherapeutischen Behandler in anderen als der deutschen Sprache Therapien anbieten.

Begründung:

Die Flüchtlinge / Asylbewerber kommen in der Regel aus Krisengebieten, schweben zwischen Trauma, Angst, Hoffnung und Hoffnungslosigkeit. Wie aus dem Entwurf des Flüchtlingskonzepts hervorgeht, ist die Mehrheit der Asylbewerber traumatisiert. Traumatisierungen sind vielfach ursächlich für andere Beschwerden, wie auch insbesondere internistische Erkrankungen, deren Behandlung wegen der Häufung und Schwere bei Traumaopfern überdurchschnittlich hohe Kosten verursacht. Im Sinne unserer Willkommenskultur ist es sowohl aus humanitären Gründen notwendig, Mittel für die psychotherapeutische Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Asylbewerbern bereitzustellen, als auch rentierlich angesichts der vermeidbaren Folgeerkrankungen und ärztlichen Folgekosten.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Klein

